

November 2007: CDU-Landesvorsitzender Oettinger fordert von der Bundesregierung die Bereitstellung von zusätzlich jährlich 1 Milliarde € für den Straßenbau - also eine Verdreifachung der Mittel.

Dezember 2007: Der Ministerrat verabschiedet die Fortschreibung des Umweltplans. Der Umweltplan ist nicht weiterentwickelt, sondern zurückentwickelt worden. Es fand keinerlei Auseinandersetzung darüber statt, wieso die Ziele des Umweltplan 2000 z. B. in den Bereichen Verkehr, Lärm, Flächenbrauch, CO₂, Abfall nicht erreicht worden sind. Als Antwort auf das Nichterreichen sind viele der quantitativen Aussagen aus dem Umweltplan 2000 nicht mehr in der Fortschreibung zu finden.

Januar 2008: Obwohl die Kosten für die Beseitigung der Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe völlig aus dem Ruder laufen und der Steuerzahler schon mit 2,15 Milliarden € - statt wie ursprünglich vorgesehen mit 0,5 Milliarden - zur Kasse gebeten wird, spricht sich das Land nach wie vor für die weitere Nutzung der „günstigen“ Atomkraft aus.

März 2008: Die Landesregierung spricht sich sowohl für die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke als auch für neue große Kohlekraftwerke aus, um damit an einer riskanten und klimafeindlichen Stromwirtschaft festzuhalten.

Herausgeber:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Baden-Württemberg e.V. (BUND)
Paulinenstraße 47
70178 Stuttgart
Tel. 0711 / 62 03 06 -0
Fax 0711 / 62 03 06 -77
Email: bund.bawue@bund.net
Internet : www.bund.net/bawue

DIE ERDE BRAUCHT FREUNDE

Ja, ich möchte **BUND**-Mitglied werden mit folgendem Jahresbeitrag.
Die Mitgliedschaft im BUND-Landesverband Baden-Württemberg ist enthalten.

- Einzelmitglied € ____ (mind. 50 €)
- Familie (Kinder bis 16 Jahre frei) € ____ (mind. 65 €)
- Auszubildende (Kinder, Schüler, Studenten, Azubis) € ____ (mind. 16 €)
- Ermäßigter Beitrag (Erwerbslose, Kleinrentner, Alleinerziehende) € ____ (mind. 16 €)
- Firmen, Vereine, Körperschaften € ____ (mind. 130 €)
- Mitgliedschaft auf Lebenszeit € ____ (mind. 1.500 €)

Name _____ Vorname _____

Straße _____ PLZ/Ort _____

Telefon _____ e-Mail _____

Beruf _____ Geburtsdatum _____

Name (Ehe)-Partner _____ Vorname _____

Beruf _____ Geburtsdatum _____

Auch die Kinder sollen dabei sein:

Name _____ Geburtsdatum _____

Name _____ Geburtsdatum _____

Name _____ Geburtsdatum _____

Ich bin einverstanden, dass mein Beitrag jährlich von folgendem Konto abgebucht wird.
(Diese Ermächtigung erlischt durch Widerruf oder mit dem Austritt aus dem BUND.)

Konto-Nr. _____ Bankleitzahl _____

Geldinstitut _____ Ort _____

Datum _____ Unterschrift(en) _____

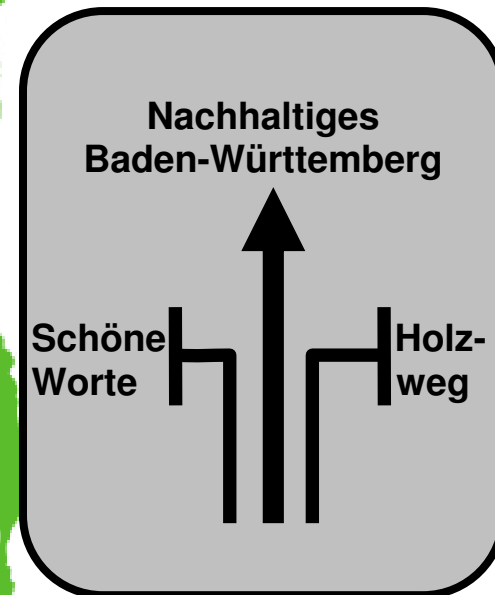
Bei Minderjährigen Unterschrift des/der Erziehungsberechtigten

Hinweis: Ihre persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst und gegebenenfalls durch Beauftragte des BUND e.V. - auch zu vereinsbezogenen Informations- und Werbezwecken verarbeitet und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte findet nicht statt.

Beitrittserklärung einsenden an:

BUND LV Baden-Württemberg
Mühlbachstraße 3
78315 Radolfzell

KURZINFO



**Eine wirkungsvolle
Nachhaltigkeitsstrategie
für Baden-Württemberg**

aus Sicht des

**Bund für Umwelt
und Naturschutz
Deutschland,
Landesverband
Baden-Württemberg e.V.**

Die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg

Die vorgelegten Nachhaltigkeitsziele des Landes sind überwiegend rein qualitativ angelegt. Dadurch können sie weder überprüft noch wirksam gesteuert werden. Dabei sind die Ziele nicht neu und aktuell, sondern sie entsprechen z. B. den Zielen des Generalverkehrsplanes (von 1995), des Umweltplanes (2007), des Klimaschutzkonzeptes 2010 (2005) und des Energiekonzeptes 2020 (2008). Es bleibt wie sooft bei Programmen des Landes bei unverbindlichen und schwachen Zielen, beim Fehlen von Maßnahmen, die der Größe des Problems gerecht werden, und der Anpassung an Ziele des Bundes oder der EU. Ausgeklammert bleibt zudem z. B. auch die Diskussion über Konfliktfelder wie zwischen dem steigenden Bedarf nach Mobilität, dem Rechnung getragen werden soll, und der möglichst geringen Belastung der menschlichen Gesundheit und der Umwelt, die ebenfalls gewährleistet werden soll.

Einer nachhaltigen Entwicklung des Landes ist mit diesen Zielen und den vielen schönen Worten gewiss nicht geholfen. Nur um die bereits bekannten Positionen der Ministerien und der Landesregierung noch einmal zu wiederholen, hätte es keine Diskussion über eine Nachhaltigkeitsstrategie gebraucht.

Der BUND befürchtet, dass durch vage, unkonkrete und wenig spezifische Ziele eine Quadratur des Kreises versucht wird, die allen gerecht werden soll. Notwendig wäre stattdessen, die Ziele zu konkretisieren, mit wirksamen Maßnahmen zu unterlegen und mit Prioritäten zu versehen. Auch müsste der Finanzbedarf ermittelt und gedeckt werden.

Notwendige Ziele für ein zukunftsfähiges Baden-Württemberg aus Sicht des BUND:

Gentechnikfreie Landwirtschaft im Land sichern: Die Landwirte produzieren Qualitätsprodukte ohne Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen. Baden-Württemberg wird diese Produkte vor Verun-

reinigungen mit genveränderten Bestandteilen schützen und auf 100 % der Fläche die gentechnikfreie Produktion zu einem Markenzeichen machen.

Multifunktionale Landwirtschaft: Das Land fördert eine multifunktionale Landwirtschaft, die gesunde Lebensmittel produziert und gleichzeitig die Artenvielfalt erhält und fördert, wertvolle Lebensräume und die Kulturlandschaft bewahrt und pflegt und zum Erosionsschutz sowie der Grundwasserneubildung und -reinhaltung beiträgt.

Biodiversität fördern: Durch den Schutz von Arten und Lebensräumen wird die Biodiversität erhalten und entwickelt. Dazu werden Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotop verbindende Maßnahmen und die Einrichtung großräumiger Lebensraumkorridore auf einem Viertel der Landesfläche ausgewiesen. Der Vertragsnaturschutz wird als wichtige ergänzende Komponente gefördert.

Engagierten Klimaschutz betreiben: 16 Millionen Tonnen CO₂ werden im Land bis 2012 gegenüber 1990 reduziert, um wirksam Klimaschutz zu betreiben. Dazu werden u. a. der Primärenergieverbrauch um 15 % reduziert und der Anteil der erneuerbaren Energien auf 25 - 30 % am Stromverbrauch gesteigert.

Eine risikoarme und zukunftsfähige Energiewirtschaft aufbauen: Baden-Württemberg steigt aus der Atomkraft aus und verhindert den Neubau großer, ineffizienter Kohlekraftwerke. Die Problemlösung der heutigen Energieversorgung wird angegangen. Die Entwicklungsdynamik der erneuerbaren Energien und der Strukturwandel in der Energiewirtschaft hinzu wesentlich effizienteren und vermehrt dezentralen Nutzungsstrukturen wird gefördert.

Explodierende Energiekosten eindämmen: Um die explodierenden Kosten für Strom und Wärme der Landesliegenschaften und damit die Verschwendung von öffentlichen Geldern einzudämmen, nimmt das

Land eine Vorbildfunktion ein. Durch technische Maßnahmen und Verhaltensänderungen werden die Verbräuche an Strom, Wärme und Sprit jährlich um 2 bis 3 % in den Landesliegenschaften und bei Dienstreisen reduziert.

Nachhaltige Investitionspolitik: Die Landesregierung setzt statt Stuttgart21 auf den Kopfbahnhof21 inkl. der neuen ICE-Trasse nach Ulm. Die eingesparten 1,6 Milliarden € werden in die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie investiert. Z. B. für den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung inkl. Wärmenetze werden 100 Mio. € bereitgestellt. Für die Betreuung der NATURA2000-Gebiete und deren Vernetzung werden 30 Mio. € eingesetzt.

Im Jahr 1 der Nachhaltigkeitsstrategie, für deren Projekte nur 2,5 Mio. € pro Jahr bereitgestellt werden sollen, wurden zahllose nicht nachhaltige Entscheidungen getroffen und Initiativen ergriffen. Zum Beispiel:

Juni 2007: Die Kürzung der Regionalisierungsmittel (- 12,6 Mio. €) wird an die Fahrgäste weitergegeben, indem zahlreiche Züge gestrichen werden. Gleichzeitig stellt die Landesregierung für den Straßenbau 15 Mio. € zusätzlich bereit. Im Haushalt 2008 sind 146 Mio. € für neue Landesstraßen vorgesehen.

2007: 40 Mio. € weniger für Landschaftspflege und naturverträgliche Landwirtschaft.

2007: Fortführung der Versuche mit genmanipulierten Pflanzen auf Landesflächen, obwohl die Sicherheitsabstände vom Bund bereits längst festgelegt waren.

November 2007: Die Landesregierung beschließt ein Impuls-Programm für bedeutsame Zukunftsaufgaben und stellt ca. 60 Mio. € für Großprojekte im Straßenbau bereit. Mittel für landespolitisch bedeutsame Maßnahmen im öffentlichen Verkehr oder im nichtmotorisierten Verkehr sind im Programm nicht enthalten.